

Was war der Kommunismus? Ideologie und Praxis

Veranstalter: Europäisches Netzwerk Erinnerung und Solidarität (ENRS); Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO)

Datum, Ort: 30.05.2013-31.05.2013, Berlin

Bericht von: Ulrich Huemer, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Was war der Kommunismus? Dieser umfassenden Frage widmete sich eine Berliner Konferenz, die vom Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde veranstaltet wurde. „Die Geschichte des Kommunismus“, so war in der Ankündigung der Konferenz zu lesen, „wird allzu oft ausschließlich als Gewalt- und Repressionsgeschichte geschrieben. Die Konferenz geht der Frage nach, worin die Faszination der kommunistischen Ideologie bestand und ob und wo sie bis heute in den osteuropäischen und westeuropäischen Gesellschaften Wirkungsmacht hat.“ Dies entsprach nicht ganz dem Programm der Konferenz. Westeuropa kam in den Vorträgen kaum vor, stattdessen beschränkte sich die Konferenz auf einige jener Länder, in denen kommunistische Parteien die Macht über Jahrzehnte ausübten. Dabei wurde neben der UdSSR und ihren osteuropäischen Bündnispartnern auch China in den Blick genommen. Hier wie dort reichte der betrachtete Zeitraum von der Machtergreifung kommunistischer Parteien bis in die postsozialistische Gegenwart. Ein Teil der Beiträge ist bereits im aktuellen Heft der Zeitschrift Osteuropa (2013, Heft 5/6) erschienen.

In einem Eröffnungsvortrag versuchte GERD KOENEN (Köln) eine Historisierung des „Kommunismus in seinem Zeitalter“ als politische Bewegung und als soziales Phänomen. Er begann mit dem erstaunlichen Ende des sowjetischen Imperiums, das – weder von inneren noch von äußeren Feinden besiegt – fast geräuschlos verschwand. So gewaltfrei, meinte Koenen, hat sich noch keine Weltmacht aus der Geschichte verabschiedet. Die Bindewirkung des vorher von Freund und Feind für sehr bedeutsam gehaltenen Marxismus-Leninismus schätzte Koenen aus dieser Perspektive sehr gering

ein. Ideologisch geschulte Parteikader verwandelten sich über Nacht in Patrioten und nationale Führer, sie lösten die sozialistischen Vielvölkerstaaten auf wie Saparmyrat Nyýazow, der sich 1992 in Turkmenbaschi (Führer der Turkmenen) verwandelte, oder Franjo Tuđman und Slobodan Milošević in Jugoslawien. Aber auch die großen Profiteure der Marktwirtschaft, Oligarchen, Medienmole etc. rekrutierten sich aus den Reihen der Partei. Die bisherige Elite war offensichtlich am besten auf die Liberalisierung und die Integration in den jetzt erstmals verwirklichten Weltmarkt vorbereitet.

Vom Sozialismus, der erst um 1980 seine größte Ausdehnung erreichte, und dessen Anhänger auch in vielen westlichen Ländern erfolgreich waren, bleiben heute nur Mutationen. In China brach Deng Xiaoping bereits 1981 mit dem Maoismus – ein Bruch, so Koenen, noch radikaler und gleichzeitig bewusstloser gewesen sei als in Osteuropa. Deng sprach von den zwei Dekaden vom „Großen Sprung nach vorn“ bis zum Ende der „Kulturrevolution“ (zwischen 1958 und 1976) als „verlorene Jahre“. Begleiterscheinung der nun einsetzenden Liberalisierung der Wirtschaft war jene Bewegung, die schließlich am Tian’anmen-Platz im Juni 1989 demonstrativ brutal niedergewalzt wurde. Diese Bewegung war, so Koenen, im Unterschied zu den osteuropäischen oppositionellen Gruppierungen tatsächlich eine Massenbewegung. Die wirtschaftliche Öffnung Chinas wurde nach dem Massaker allerdings keineswegs gestoppt, sondern im Gegenteil die Integration in den Weltmarkt und die Verwandlung zur „Werkbank der Welt“ noch forciert.

Als Ziel des Stalinismus wie des Maoismus benannte Koenen die Neuformierung der Nation. Dazu sollten alle Ressourcen der Nation mobilisiert werden. Dem Totalitarismus als Erklärungsansatz erteilte er dabei eine Absage, denn auch wenn die Fokussierung der Nation durchaus ähnliche Formen gehabt habe, so sei es dem Faschismus doch um etwas anderes gegangen, nämlich um die imperialen Ansprüche der Nation. Die unzweifelhaft erkennbaren ideologischen Differenzen spielten in Koenens Vortrag dagegen keine Rolle, da er deren Wirkung aus dem Rückblick – wenn auch nicht ganz überzeugend – als vernach-

lässigbar einstuft.

Zuletzt fragte Koenen nach dem Ursprung der Gewalt in der UdSSR und in China nach der erfolgreichen Sicherung der Macht. Eine Erklärung durch den Charakter einzelner Führungspersönlichkeiten habe den Mangel, dass sie die personalisierte Macht dieser Funktionäre gerade schon voraussetzt und somit nicht zu erklären vermag. Auch die permanent vorhandene Angst vor einem kriegerischen Umsturzversuch von außen reiche nicht als Erklärung für die massive Gewalt. Eine Antwort sah Koenen in der fehlenden Dynamik des staatssozialistischen Gesellschaftsmodells. Die Machthaber reagierten mit einer ständigen Mobilisierung der Arbeitskräfte – teils mit Kampagnen moralischer Art, teils mit unmittelbarer Antreibung und Anpeitschung. Trotzdem führte, so Koenen, die fehlende Dynamik dazu, dass die sozialistischen Staaten im Vergleich zum kapitalistischen Westen stets schlecht abgeschnitten hätten. Erst Deng Xiaoping setzte mit der Bauernbefreiung den stummen Zwang der Verhältnisse wieder in Kraft.

Die zweite Sektion stand unter der Frage, ob es sich bei den revolutionären Parteien in Deutschland und Russland um 1917 um Massenbewegungen oder um Splittergruppen gehandelt hat. JÜRGEN ZARUSKY (München) ging von der „Urkatastrophe“ des ersten Weltkriegs aus. Dieser merkwürdig subjektlose Begriff, der weder Ross noch Reiter benennt, lässt das bis dahin größte Gemetzel der Menschheitsgeschichte eher als tragischen Unfall denn als Konsequenz der imperialistischen Politik erscheinen. Die dramatische Delegitimation der herrschenden Eliten weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus, aus der die plötzliche Handlungsmacht der sozialistischen Kriegsgegner 1918/19 erwuchs, ist damit nicht wirklich zu fassen. Längerfristig sollte allerdings nicht die Frage des Krieges, sondern allein die Haltung zur russischen Revolution und zur Komintern zum entscheidenden Scheidepunkt der deutschen Arbeiterbewegung werden; im Unterschied zur USPD hatte die KPD Bestand. In der Arbeiterschaft entschied sich nur eine Minderheit für sie, was Zarusky damit begründete, dass die deutschen Arbeiter 1919 bereits mehr zu verlieren gehabt hätten als ih-

re Ketten.

OLEG BUDNITSKIJ (Moskau) stellte zunächst fest, dass Bolschewiki und Menschewiki sich bis in die Revolution hinein viel näher standen, als später oft behauptet wurde. Nicht nur, dass es lange einen starken personellen Wechsel zwischen den Fraktionen der russischen Sozialdemokratie gab, auch unterstützten die Menschewiki die Revolution im Bürgerkrieg gegen die Weißen. Auch Budnitskij bezeichnete die Revolution als Nebenprodukt des Krieges. Die Bolschewiki hätten es verstanden, sich mit den Versprechen „Frieden und Brot“ zur Partei der in Auflösung befindlichen Armee, die zu 90 Prozent aus Bauern bestand, zu machen. Massengewalt sei dabei keineswegs das Ziel der Bolschewiki gewesen, sondern hätte sich im Bürgerkrieg vielmehr situativ ergeben. Der unglaublich chaotische Bürgerkrieg sei auf allen Seiten extrem brutal geführt worden. Allerdings dachten die Bolschewiki, so Budnitskij, in den Kategorien der französischen Revolution, der „terreur“ blieb so zumindest bis 1953 integraler Teil des sowjetischen Systems.

Die dritte Sektion sollte untersuchen, ob Gewalt und Terror systemimmanent waren und welche Auswirkungen auf die postsozialistischen Gesellschaften davon bis heute noch feststellbar sind. NICOLAS WERTH (Paris) legte dar, dass die Massengewalt in der Sowjetunion ganz unterschiedliche Ausformungen hatte. Sie konnte im Geheimen stattfinden oder auf Öffentlichkeit abzielen, legal oder extra-legal ablaufen, sich gegen bestimmte politische, soziale oder auch nationale Gruppen richten. Auch Täter konnten zu Opfern werden. Dies unterscheide, so Werth, die stalinistische UdSSR ebenso vom Nationalsozialismus wie die Tatsache, dass dieser sich ständig radikalisiert habe, während der „Große Terror“ nur auf Anweisung Stalins über Nacht ins Werk gesetzt und ebenso wieder beendet wurde.

STEFAN PLAGGENBORG (Bochum) erinnerte daran, dass Moderne und Gewalt keineswegs Gegensätze seien. Die Gewalt in der UdSSR als systemimmanent zu erklären, sei zu abstrakt, weil dabei Täter und Opfer ausgeblendet würden. Wollte man den Terror dagegen als pathologisch ansehen, dann müsste historische Forschung von vornherein ka-

pitulieren. Die Besonderheit der frühsowjetischen Gewalt sah Plaggenborg darin, dass sie nicht einzelnen Menschen, sondern „sozialen Abstraktionen“ galt. Insofern habe die Ideologie – verstanden als wandelbare Ideenwelt und nicht als festgezogener Marxismus-Leninismus – eine große Rolle gespielt. Zuletzt verglich Plaggenborg die frühe UdSSR mit dem faschistischen Italien und kam dabei zu dem Befund, dass für die Phase der Durchsetzung des Faschismus 1919-1922 in Italien nur etwa 2.000 politische Todesopfer zu verzeichnen sind, die Faschisten mithin weit weniger gewalttätig waren als die Bolschewiki.

Ein solcher willkürlich angesetzter Vergleich sagt tatsächlich weniger über das Gewaltpotenzial eines Systems aus als über die Art der Machtergreifung. Mit Unterstützung der konservativen Eliten gelangten faschistische Regime auch in anderen Ländern relativ gewaltfrei an die Macht. Drehte man die Perspektive um und betrachtete die Repubblica Sociale Italiana und die UdSSR von ihrem Ende her, so käme man übrigens zum genau umgekehrten Ergebnis. Zuvor freilich war Mussolini stets bemüht, die Zustimmung oder zumindest Akzeptanz weiter Teile der alten Eliten für die Herrschaft der Faschisten nicht zu gefährden; was den Einsatz von Giftgas in den Kolonien selbst gegen Zivilisten nicht ausschloss.

Der Soziologe und Direktor des Levada-Zentrums, LEV GUDKOV (Moskau), sprach über das Fortleben des Homo sovieticus, also von in der UdSSR angeeigneten Verhaltensweisen und Ansichten von Untertanen. Der Homo sovieticus hoffe auf soziale Garantien durch den Staat, lebe aber gleichzeitig in Angst vor den staatlichen Gewaltapparaten, die nach dem Ende des Sozialismus nicht reformiert wurden. Er suche Schutz durch die Familie und habe Angst vor Veränderungen. Neu sei, so Gudkov, vor allem die Rolle der Kirche, die sich heute zum wichtigsten Legitimationsinstrument der Politik entwickelt habe. Zwar sei nur ein kleiner Teil der Bevölkerung gläubig, die orthodoxe Kirche werde aber – eher ethnisch – als Teil der russisch-nationalen Identität verstanden.

Im Anschluss schilderte Gudkov die augenblickliche Situation des Levada-Zentrums. Das Meinungsforschungsinstitut ist im April

dieses Jahres staatlich überprüft und in der Folge aufgefordert worden, sich als „ausländische Agenten“ zu registrieren, da das Zentrum politisch tätig sei und (wenn auch in geringem Umfang) Gelder aus dem Ausland beziehe. Das Levada-Zentrum und auch andere betroffene Institutionen lehnen diese Registrierung ab. Gudkov berichtete von zahlreichen Solidaritätsbekundungen sowohl aus dem Aus- als auch aus dem Inland.

Der zweite Tag der Konferenz befasste sich mit den Nachwirkungen des Sozialismus. Der Sinologe HARRO VON SENGER (Zürich) referierte über aktuelle Entwicklungen der Ideologie der Kommunistischen Partei Chinas, die weiterhin an einem Stufenmodell mit dem Endziel Kommunismus festhält. Anders als in Europa wahrgenommen, sei es heute in China möglich, vieles frei zu diskutieren. Die Lektüre offizieller Zeitungen sei durchaus empfehlenswert, hinzu komme die besondere Situation in Hongkong, wo keine Zensur bestehe, was auch auf den Rest des Landes ausstrahle.

Wie wenig verbindlich der Begriff „Kommunist“ ist, zeigte MISCHA GABOWITSCH (Potsdam) am Beispiel der antikapitalistischen Tendenzen in den Protesten gegen Wladimir Putin. Auf Grundlage von Interviews fertigte er eine Typologie heutiger russischer „Kommunisten“, deren Meinungen zur Sowjetunion wie zur Gegenwart vollständig gegensätzlich sind. Die Kommunistische Partei habe heute hauptsächlich die Funktion eines sozialen Dämpfers, betreibe aber keine Radikalopposition gegen das von Putin installierte System.

WOLFGANG TEMPLIN (Warschau) stellte am polnischen Beispiel fest, dass das sozialistische System für Intellektuelle noch in den 1960er-Jahren durchaus Anziehungskraft besaß. Heute würde allerdings die Ära Gierak als „goldenes Zeitalter“ erinnert, ein Befund der sich auch für die UdSSR und andere ehemalige sozialistische Staaten aufstellen lässt. Mit der in ganz Osteuropa feststellbaren Ent-Utopisierung in den 1970er-Jahren sank der Druck auf die Bevölkerung, während der Lebensstandard stieg.

Die Humanisierung der 1970er-Jahre bildete, wie IRINA SCHERBAKOVA (Moskau) ausführte, die Grundlage für die Perestroika

ka, deren zentrale Forderungen „Wahrheit und Fakten“ waren. Träger dieser Entwicklung waren von Intellektuellen gebildete informelle Zirkel, die sich nicht nur in den Zentren, sondern im ganzen Land ausbreiteten. Die Gesellschaft, so Scherbakova, hatte die Gewalt satt – mit den Tschetschenien-Kriegen kehrte sie zurück.

Über die Transformation in der Ukraine sprach IRINA BEKESCHKINA (Kiew). Wegen des radikalen Bruchs seien die heutigen Probleme des Landes – Armut, Kriminalität, Korruption, Paternalismus – nicht mehr aus der sowjetischen Vergangenheit zu erklären, sondern genuin kapitalistisch. Als Reaktion erlebe die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) eine Wiedergeburt mit beachtlichen Wahlerfolgen, gerade dann, wenn die Krise sich zuspitzt. Eine Übernahme der Regierung durch die KPU sei aber auf längere Zeit auszuschließen, eine Rückkehr zum sowjetischen System strebe auch sie nicht an. Die allgemeine Unzufriedenheit in der Ukraine zeige sich zudem auch darin, dass mit Ausnahme von 1999 bei allen Wahlen seit der Unabhängigkeit immer die jeweilige Opposition gewonnen hat.

Im letzten Beitrag verglich REINHOLD VETTER (Berlin) die „Desowjetisierung“ in Ungarn und Polen. Charakteristisch sei, dass Diskurse aus vor-sozialistischer Zeit wieder bedeutsam wurden – am ungarischen Beispiel die im Vertrag von Trianon festgelegten Grenzen. Über die aktuellen Entwicklungen in Ungarn führte Vetter aus, dass es bei der Privatisierung und Einführung der Marktwirtschaft Ex-Kommunisten gelungen sei, wichtige Positionen zu besetzen. Die Regierungspartei Fidesz betreibe heute dagegen einen radikalen Austausch der Eliten, verbunden mit einer systematischen persönlichen Bereicherung.

Resümee: Die Konferenz hat nicht „den Kommunismus“, sondern nur einige Ausschnitte betrachtet. Das ist angesichts der Unterschiedlichkeit der Parteien und Bewegungen, die sich kommunistisch nannten und nennen, auch nicht anders möglich. Es fehlte aber eine klare Fokussierung. Interessant war der Vergleich zwischen der Sowjetunion und China. Den Postsozialismus mit einzu- beziehen könnte ebenfalls sinnvoll sein, dann

wäre es aber nötig, die Akteure der Transformation näher zu betrachten. Um Rückbezüge aus der Gegenwart herstellen zu können, hätte am ersten Tag der Spätsozialismus im Mittelpunkt stehen müssen, während Bürgerkrieg und „Großer Terror“ dafür kaum Ansatzpunkte boten. Letztlich hat die Konferenz das in der Ankündigung gemachte Versprechen nicht eingelöst und den Kommunismus doch wieder weitgehend auf Gewalt reduziert. Bleibt man bei der Gewalt aber stehen, so ist ein Zusammenhang zu einem bestimmten politischen Programm nicht mehr zu erkennen. Kommunisten lassen sich so nicht einmal von ihren Gegnern unterscheiden.

Konferenzübersicht:

Eröffnung der Konferenz

Rafał Rogulski (Warschau) / Heike Dörrenbacher (Berlin)

Einführungsvortrag und Diskussion

Moderation: Burkhard Olschowsky (Warschau)

Gerd Koenen (Köln): Der Kommunismus in seinem Zeitalter

Vorträge / Podiumsdiskussion: Faszination Kommunismus – Massenbewegung oder Machtergreifung einer Splittergruppe

Moderation: Volker Weichsel (Berlin)

Oleg Budnitskij (Moskau)

Jürgen Zarusky (München)

Vorträge / Podiumsdiskussion: Faszination der Gewalt – waren Gewalt und Terror systemimmanent?

Moderation: Manfred Sapper (Berlin)

Stefan Plaggenborg (Bochum)

Lev Gudkov (Moskau)

Nicolas Werth (Paris)

Vorträge / Podiumsdiskussion: Totgesagte leben länger – Mythen des Kommunismus: Fortschritt oder Ruin?

Moderation: Rafał Rogulski (Warschau)

Harro von Senger (Zürich)

Mischa Gabowitsch (Potsdam)

Wolfgang Templin (Warschau)

Vorträge / Podiumsdiskussion: 20 Jahre danach – Ist die Desowjetisierung der postkommunistischen Gesellschaften abgeschlossen?

Moderation: Heike Dörrenbächer (Berlin)

Irina Scherbakowa (Moskau)

Irina Bekeshkina (Kiew)

Reinhold Vetter (Berlin)

Auswertung und Abschluss der Konferenz

Burkhard Olschowsky (Warschau) / Heike Dörrenbächer (Berlin)

Tagungsbericht *Was war der Kommunismus? Ideologie und Praxis*. 30.05.2013-31.05.2013, Berlin, in: H-Soz-u-Kult 26.07.2013.